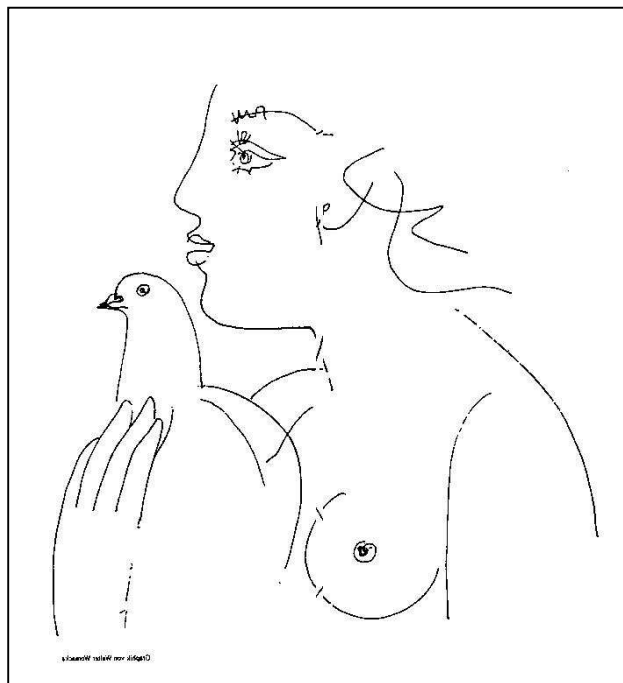


Nr. 175



**Zum bedrohten Frieden –
für einen neuen europäischen Umgang mit
der Ukraine-Krise**
Erklärung des Willy-Brandt-Kreises

**Der Frieden in Europa ist aufs äußerste
gefährdet**
von
Bruno Mahlow

Juli 2015

Europa durchlebt die schwerste Krise seit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Nicht nur der Umgang mit Griechenland und den Flüchtlingsströmen hält den Kontinent in Atem, auch der mühsam ausgehandelte Waffenstillstand in der östlichen Ukraine ist brüchig. Solange der Konflikt um die Zukunft der Ukraine ungelöst ist, besteht die ständige Gefahr eines Absturzes.

Eine umfassende Friedensordnung für Europa, dieses Versprechen der Charta von Paris von 1990, ist unerfüllt geblieben. Doch Europa kann kein Interesse daran haben, die alte Rivalität der Supermächte USA und Sowjetunion fortzusetzen und Russland in die Knie zu zwingen. Das unterscheidet die europäische von der amerikanischen Interessenlage: Ohne Russland oder gar gegen Russland kann kaum ein Problem gelöst werden, das Europa als Ganzes betrifft. Das zeigt die jüngste Geschichte: Russland und die Völker der Sowjetunion haben entscheidend zur Befreiung Europas vom Faschismus beigetragen, aber auch zur deutschen Vereinigung. Deutschland hat daher eine besondere Verantwortung, Russland als Partner in einer europäischen Friedensordnung zu gewinnen.

1990 schien diese Frage ein für alle Mal beantwortet: Russland als Mitarchitekt der europäischen Einigung, würde natürlich – wie auch die USA – ein Anker und ein gleichberechtigter Partner sein. Russland sah sich seither in seinen Erwartungen enttäuscht: Die Erweiterungspolitik der EU und vor allem der NATO schloss eine Mitgliedschaft Russlands ausdrücklich aus: zu groß, zu komplex, hieß es damals – während einige Staaten im östlichen Europa das Ziel ihres Beitritts zur westlichen Allianz offen als Sicherheitsvorsorge vor Russland betrieben. Ohne eigene Beitrittsperspektive Russlands nährte die Erweiterung der westlichen Bündnisstrukturen alte russische Einkreisungsängste, welche nationalistische Reflexe und den allmählichen Rückfall in das Denken in geopolitischen Kategorien und Einflusszonen begünstigten.

Die ukrainische Krise ist somit Ausdruck eines heraufziehenden russisch -euroatlantischen Großkonflikts, der in eine Kata-

strophe münden kann, wenn die sich bereits drehende Spirale des Wettrüstens, der militärischen Provokationen und konfrontativen Rhetorik nicht gestoppt wird. Wir wenden uns daher an alle verantwortlichen Politiker und friedensbewegten Bürger, aber vor allem ganz direkt an die SPD:

In dieser Situation ist eine mutige politische Initiative gefordert, vergleichbar jener, die nach Mauerbau und Kubakrise in der Hochzeit des Kalten Krieges den Ausbruch aus der Logik der Konfrontation mit der Sowjetunion wagte. Damals war es in Europa allen voran die deutsche Sozialdemokratie, die mit der neuen Ostpolitik Willy Brandts einer europäischen Entspannungspolitik den Weg ebnete. 2015 bedarf es ebensolchen Mutes und politischer Klugheit, um der drohenden Spirale neuerlicher Konfrontation und Spaltung Europas zu begegnen. Wir fordern daher innezuhalten und einen Neustart der Beziehungen mit Russland zu wagen, bevor es für Alle und Alles zu spät ist!

(1) Die Ukraine-Krise lässt sich durch politische Sanktionen gegen Russland nicht lösen. Die tieferliegenden Ursachen der russisch-europäischen Entfremdung gehören auf die politische Tagesordnung europäisch-russischer Gipfelgespräche. Dauerhafter Interessenausgleich gelingt nur durch Dialog und Verhandlungen. Die wirtschaftlichen Sanktionen unterminieren die Entwicklung Europas als gemeinsamer Wirtschaftsraum. Zusammenarbeit ist ein Motor der Vertrauensbildung. Eine intakte Energieinfrastruktur, die durch die aktuellen Spannungen bereits in Mitleidenschaft gezogen wurde, liegt genauso im gemeinsamen Interesse wie wechselseitige Handelsbeziehungen.

(2) Die Europäische Union darf sich infolge ihrer Mitverantwortung für das Entstehen dieser Krise nicht der Mitwirkung an deren einvernehmlicher Lösung entziehen. Das Zusammenwirken von Deutschland, Frankreich und Polen mit der Ukraine und Russland beim Minsk II-Abkommen, ist ein innovativer Ansatz. Von dessen Umsetzung hängt es ab, gestörtes Vertrauen zurückzugewinnen. Aber eine breitere europäische Einbet-

tung tut not. Deutschland muss hierfür im kommenden Jahr seine Verantwortung in der OSZE-Präsidentschaft in die Waagschale werfen und konzeptionell wie dialogorientiert agieren.

(3) Weil auch die USA als wichtigster Partner der neuen ukrainischen Regierung eine hohe Verantwortung für die Lösung der Krise haben, sind alle Gremien wichtig, die Russland und die USA zusammenbringen. Gerade in Krisenzeiten bedarf es besonders engmaschiger Kommunikation. Daher sollten die G7 Russland sofort wieder einbeziehen, der NATO-Russland Rat muss seine Arbeit schnellstmöglich wieder aufnehmen. Notwendige Krisenkommunikation darf nicht beschränkt oder gar verhindert, sondern muss ausgebaut werden.

(4) Die Einverleibung der Krim durch Russland ist ein Verstoß gegen internationale Abkommen und zugleich eine politische Realität, die nicht gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung der Krim rückgängig gemacht werden kann. Der Status Quo darf die Notwendigkeit der konstruktiven Zusammenarbeit mit den Beteiligten im gemeinsamen europäischen Interesse nicht unterbinden.

(5) Die Ukraine-Krise ist auch das Ergebnis einer schwachen föderalen Struktur in einem noch jungen Staat. Nur eine starke föderale Ordnung kann das Land vor ethnischer Spaltung und drohender Sezession bewahren. Die Erfahrungen anderer europäischer Staaten mit föderalen Strukturen sollten von den Parteien in der Ukraine abgerufen werden können, wenn sie dies wünschen.

(6) Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO würde kein Mehr an Sicherheit bringen. Sie würde im Gegenteil russische Befürchtungen über die Ziele der NATO weiter befeuern und die Risiken ungewollter militärischer Konfrontation noch erhöhen. Die Vertrauensbildung zwischen den politischen und militärischen Gremien aller europäischen Staaten, wie sie im Rahmen des „Wiener Dokuments“ der OSZE, zuletzt 2011, vorgesehen ist, ist gerade in Krisenzeiten auszubauen.

(7) Die Ukraine-Krise gefährdet die europäische Rüstungskontrolle. Wettrüsten, die Verlagerung von militärischen Ausrüstungen und neue Truppenstationierungen beiderseits der russischen Grenze legen die Axt an das bestehende System von Verträgen. Die Beteiligung deutscher Truppen bei der Aufstellung von „Eingreiftruppen“ kann auf russischer Seite Erinnerungen an den deutschen Überfall auslösen und unnötig Öl ins Feuer gießen. Militärische Entflechtung, Nichtverbreitung und die Begrenzung von Waffenarsenalen und Truppen sind Aufgaben, die keinen Aufschub dulden.

(8) Die im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise erneut aufgebrochenen Drohungen mit dem Einsatz von Atom-Waffen sind alarmierend. Es droht eine Neuauflage der „Nachrüstung“ der 80er Jahre mit atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Atom-Waffen müssen endlich geächtet werden. In ihrer die ganze Welt erreichenden Vernichtungskraft müssen sie als prinzipiell nicht einsetzbar gelten.

(9) Die Friedensordnung Europas ist nicht nur eine Ordnung der Staaten. Sie beruht auf starken Zivilgesellschaften, grenzüberschreitender Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur, Medien, Sport, Wissenschaft u.a.m. Auch durch die Neubelebung des europäischen Jugendaustauschs mit Russland und der Ukraine können stereotype Denkweisen überwunden und generationenübergreifend Impulse für ein besseres Verständnis voneinander - und ein gutes Verhältnis miteinander - gesetzt werden.

Europa braucht Russland und Russland braucht Europa. Wir stehen vor der Weichenstellung, in einen neuen, mehr oder weniger Kalten Krieg mit ungewisser Perspektive abzugleiten oder uns auf das Ziel einer gemeinsamen europäischen Friedensordnung zu besinnen.

Die Zeit zum Handeln ist jetzt! Berlin, den 21. Juli 2015

Prof. Egon Bahr, Prof. Dr. Elmar Brähler, Prof. Dr. Peter Brandt, Volker Braun, Daniela Dahn, Dr. Friedrich Dieckmann, Prof.

Dr. Hans-Joachim Gießmann, Prof. Dr. Lutz Götze, Prof. Dr. Ingomar Hauchler, Dr. Enrico Heitzer, Gunter Hofmann, Prof. Dr. Gustav Horn, Prof. Dr. Dieter Klein, Dr. Rainer Land, Dr. Hans Misselwitz, Dr. Irina Mohr, Prof. Dr. Götz Neuneck, Prof. Dr. Rolf Reissig, Dr. Edelbert Richter, Wolfgang Schmidt, Axel Schmidt- Gödelitz, Prof. Dr. Michael Schneider, Dr. Friedrich Schorlemmer, Ingo Schulze, Prof. Klaus Staeck, Prof. Dr. Walther Stütze, Antje Vollmer, Dr. Christoph Zöpel.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de>

Anmerkung Albrecht Müller, Herausgeber „NachDenkseiten“:

Das ist eine notwendige und gute Erklärung.

Es fehlt leider der Hinweis darauf, dass die Ukraine-Krise etwas mit den imperialen Absichten der USA zu tun hat.

Die Erklärung wendet sich an die SPD und damit auch an die SPD Führung. Da muss die Frage erlaubt sein, welchen Personen an der jetzigen Spitze der SPD der Willy Brandt Kreis den notwendigen Willen und die Kraft zu einer neuen Entspannungspolitik zutraut. Schließlich waren entscheidende Personen der SPD Führung wie etwa der Außenminister an der Eskalation beteiligt. Siehe Steinmeiers Rolle beim Abgang des vorigen Präsidenten der Ukraine. Außerdem gibt es genügend Beispiele dafür, wie Teile der SPD an der Eskalation des Putin-Bashing Teil hatten.

Das Mitglied des Arbeitskreises Frieden der GBM, Bruno Mahlow hat zur aktuellen Situation in Europa den nachfolgenden Beitrag geschrieben:

Der Frieden in Europa ist aufs äußerste gefährdet

Die USA und NATO sind gegenwärtig dabei, Europa unter Einbindung mittel-und osteuropäischer Staaten zur Startrampe eines Präventivschlages, der auch atomare Optionen einschließt, gegen Russland zu machen. Dafür werden die faden-

scheinigsten Begründungen und vor allem eine hysterische Russenfeindlichkeit geschürt, Begriffe wie Freiheit, Demokratie, Menschenrechte missbraucht. Bei der Beurteilung von Weltereignissen, der Politik von Staaten geht es kaum, wie oft fälschlich behauptet wird, um Demokratie und Menschenrechte, sondern um Interessen, also auch bei den USA und ihren Verbündeten um deren geostrategische Interessen in einer veränderten Weltlage. Und diese haben sich in den vergangenen 25 Jahren nicht wesentlich verändert, sondern sind eher barbarischer geworden.

Die gegenwärtige bedrohliche Lage. die Ereignisse in und um die Ukraine und Griechenland, die Vielzahl von Konflikten im Grunde auf allen Kontinenten machen deutlich: Um den objektiven Erfordernissen der Zeit gerecht zu werden, ist es für jede linke Partei mit klarem Profil entscheidend, sich eine realistische Sicht auf die Weltlage, ihre Hauptakteure und deren Einfluss auf die Situation im jeweiligen Land zu erarbeiten. Diesem Erfordernis bemühte sich der Ältestenrat im Rahmen seiner Möglichkeiten mit seinen Beiträgen zu innen -und außenpolitischen Fragen, Rechnung zu tragen.

Erinnern wir uns nur an einige einschneidende Ereignisse, die der heutigen Situation vorangegangen sind.

Ohne im Einzelnen auf die Fehler, Unzulänglichkeiten und ungenutzte Chancen in den Verhandlungen und im von der BRD, der DDR und den vier Großmächten unterzeichneten 2plus4 Vertrag hier eingehen zu können, enthält er dennoch auch heute noch wichtige zu beachtende Bestimmungen. Dazu gehören unter anderem die endgültige Bestimmung der Grenzen Deutschlands, der Verzicht auf Kriegsführung vom deutschen Boden, Verzicht auf Massenvernichtungswaffen(vgl. Artikel 6,2,3) u.a. Es handelt sich somit um Festlegungen, die keinen Raum für Geschichtsfälschung, Revanchismus, Hochrüstung und Kriegsführung bieten.

Mehr noch. Mit diesem Vertrag, so die offizielle Lesart, sei die Souveränität uneingeschränkt wiederhergestellt worden. Die Tatsachen sprechen dagegen. Und nicht nur die BND und USA- Abhör- Affäre bezeugt dies. Vielmehr ist die deutsche Außenpolitik nicht souverän und selbstbestimmt. Selbst ein Mitglied der Stern-Chefredaktion

schreibt in der Nr.21/2015:“Deutschland wurde und wird noch immer behandelt wie der Flugzeugträger Amerikas in Europa – ein Relikt des Kalten Krieges“.

Aufschlussreich für die gegenwärtige Bewertung der Lage sind auch folgende Ereignisse:

Der Warschauer Vertrag wurde aufgelöst, der NATO - Pakt blieb, baute seine Positionen und Ziele gen Osten aus und spann einen aggressiven Gürtel um Russland. Die sowjetischen Streitkräfte verließen deutschen Boden, die amerikanischen Truppen blieben samt ihrer Atomwaffen in Deutschland.

Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe der ehemals sozialistischen Staaten wurde aufgelöst. Die eilige EU-Erweiterung und deren wirtschaftliche Absicherung wurden zum Beginn der NATO-Osterweiterung.

Auch die einseitigen Zugeständnisse und Abrüstungsschritte Russlands brachten die USA und ihre Verbündeten weder zum strategischen Umdenken noch zur Vernunft.

Die noch in der Pariser Charta vom November 1990 verkündete Idee für ein neues Europa wurde ad acta gelegt. Die USA und mit ihnen auch die BRD blieben in ihrer Außenpolitik ihrer Tradition treu, Verträge und Vereinbarungen nicht einzuhalten. Und schon gar nicht zu reden von den ausbleibenden Abrüstungsmaßnahmen, an deren Stelle massive Militarisierung und Hochrüstung traten. Noch lange vor den Ereignissen in der Ukraine, die jahrelang von außen gelenkt und gefördert wurden, fasste der NATO-Gipfel in Chicago 2012 den Beschluss zur Aufrüstung entlang der Grenzen Russlands.

Im Februar d. J. unterschrieb Barack Obama die neu redigierte Fassung der nationalen Sicherheitsstrategie der USA, in der auf 30 Seiten Russland als Bezugspunkt - potenzieller Feind oder Aggressor sechsmal und keine einzige konstruktive Idee vorkommt.

Kürzlich erklärten die USA, dass sie Panzer und andere schwere Waffen in Europa stationieren. Dafür ist das Territorium der drei baltischen Staaten, Polens, Rumäniens und Bulga-

riens und vor allem an den Grenzen zu Russland ausersehen. Gebaut und geliefert werden soll ein neuer Bomber vom Typ „Raubtier“, der sowohl mit gewöhnlichen als auch mit Kernwaffenbomben bestückt werden kann. Die NATO vervielfachte ihre Aktivitäten im Luftraum gegenüber Russland um das 1240fache, die Zahl der NATO-Manöver entlang der Grenzen Russlands hat sich in den letzten anderthalb Jahren verdoppelt. Mit fadenscheinigem Bezug auf einen drohenden Angriff Russlands auf baltische oder andere osteuropäische Staaten haben die USA und NATO nicht nur massive Lieferungen schwerer Waffen und die Bildung einer 40.000 Mann starken „schnellen Eingreiftruppe“ beschlossen. An den Grenzen Russlands sollen auch neue atomare Mittelstreckenraketen stationiert werden. Geschürt wird als geeignetes Stimmungsinstrument eine hysterische Russenfeindlichkeit. Verbunden werden diese Schritte mit der Planung „vorbeugender Schläge“, d.h. präventiver nuklearer Angriffe auf russische Raketenbasen und darüber hinaus auch auf mögliche andere Ziele.

Dass Russland all diese, die nationale Sicherheit des Landes gefährdenden, provokatorischen Angriffe nicht hinnehmen kann, war abzusehen. Schließlich gehört zur russischen Militärdoktrin auch der mögliche Einsatz taktischer Atomwaffen im Falle der Gefährdung des Schicksals des Landes. Als offensive Verteidigungsmaßnahme gilt auch die für dieses Jahr angekündigte Indienststellung von 40 Interkontinentalraketen, mit denen NATO-Gegenmaßnahmen unmöglich gemacht werden können. Die westliche expansive Politik macht die Lage in Europa immer unsicherer. Selbst kleine Konflikte an der russischen Grenze in Reichweite von Sankt Petersburg oder Moskau, Fehleinschätzungen – und Informationen können unbeherrschbar werden. Zum Beispiel bei NATO-Manövern in 300 Meter Entfernung von der russischen Grenze oder bei NATO-Flügen, die in weniger als 10 Minuten Sankt Petersburg erreichen (und dazu noch mit taktischen Atomwaffen ausgerüstet sein können.)

Allein Belarus, das mit Russland in einem Unionsstaat verbunden und sich ständiger Einmischungsversuche zu erwehren hat, bietet mit ihren Grenzen zur EU, baltischen Staaten, Polen, Ukraine und Russland und den Auswirkungen innerer Probleme und außenpolitischer Positionen ihrer Nachbarn ausreichend Raum für Einmischung und eine weitere Eskalation der Spannungen.

Anstelle der „sowjetischen Gefahr“ trat für die westlichen Politiker als Hauptfeind und Rivale „das böse Russland“, der eurasische Raum, dessen Stärkung man mit allen Mitteln zu verhindern sucht. Dabei glaubt Washington selbst nicht ernsthaft, dass Russland das wehrlose Europa angreifen will. Keine Aufklärung vermochte eine Konzentration Dutzender Divisionen an der russischen Westgrenze zu entdecken. Und die heutigen technischen Mittel sind in der Lage, selbst Gefahren, die vom einzelnen Armeeingehörigen ausgehen, aufzuklären.

Die Ursachen für das Vorgehen der USA als Hauptverantwortlicher für die friedensgefährdende Lage ist deren hegemoniale Politik, ihr Streben nach Rohstoffen und Einfluss im ganzen postsowjetischen Raum und zwar unter Einsatz aller Mittel. Sie verbinden dies mit der Disziplinierung ihrer Verbündeten, denen sie zusätzliche finanzielle und andere Forderungen, die teuersten Waffen und Stellvertreterkriege aufzwingen. Sie brauchen eine solche Politik zur Rechtfertigung von Militarisierung und Hochrüstung, zur Lösung eigener Krisenprobleme. Und dabei scheren sich die USA nicht um das Schicksal Europas und die Stärkung der EU oder Deutschlands, sondern nur um ihre Interessen.

Und die deutsche Politik sucht ihre gewachsene Verantwortung zu nutzen, um dem Machtstreben des deutschen Kapitals selbst auf Kosten ihre Souveränität zu dienen. Deshalb tourt die Bundeskanzlerin auch auf dem Balkan, um auch dort mit „Zuckerbrot und Peitsche“ für Russlandfeindliche „Ordnung“ zu sorgen.

Unzweifelhaft ist, dass bei allen Konflikten zwischen den USA und Russland (die USA werden dabei ihre Waffen liefern und andere für sich und gegen deren eigentliche Interessen bluten lassen) Europa, bei Beibehaltung der bisherigen Politik der europäischen EU und NATO-Staaten, Gefahr läuft zu einem verheerenden Kriegsschauplatz zu werden.

Dieser Gefahr, sich zu widersetzen ist Gebot der Stunde, der Lehren der Geschichte und der Vernunft. Es ist somit für die Partei „Die Linke“ höchste Zeit, den friedenspolitischen Positionen ihres Parteiprogramms gerecht zu werden und eindeutige Positionen zur bedrohlichen Lage auf unserem Kontinent und deren Ursachen zu beziehen. Gefragt ist Klarheit über Ursachen und Wirkung und nicht angepasste Schwankungen im Sinne einer Art neutraler Äquidistanz. Es geht vielmehr um eine entschiedene Parteinahme für Frieden und Sicherheit, für das Überleben unsers Kontinents, gegen die von den USA und ihren Verbündeten ausgehende Kriegsgefahr.

Deutlich meldete sich auch in diesem Sinne zur derzeitigen Lage und den erforderlichen Entscheidungen in einem Brief Fidel Castro zu Wort: „In der aktuellen politischen Lage des Planeten, in der der Frieden und das Überleben unserer Gattung an einem seidenen Faden hängen, muss jede Entscheidung mehr denn je aufmerksam getroffen und umgesetzt werden, so dass niemand an der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit zweifeln kann, mit der viele der verantwortungsbewussten und ernsthaften Führungspersönlichkeiten heute gegen die Gefahren kämpfen, die die Welt bedrohen.“

